

GRÜNES BÜNDNIS  
Neustadtstrasse 34  
Postfach 31  
6000 Luzern 4

RundBrief  
2/2005

Zeitschrift  
für Mitglieder  
und Interessierte



Unbegrenzter Landhunger

## Raum(ver)planung

<b>Schwerpunkt</b>	<b>4</b>	<b>Abstimmung 2</b>	<b>7</b>
Die raumplanerischen Grundsätze werden immer mehr ausgehöhlt.		Ein neuer Zivilstand wird mit der Annahme des Partnerschaftsgesetzes begründet.	
<b>Abstimmung 1</b>	<b>6</b>	<b>Emmen</b>	<b>16</b>
Am 5. Juni wird über die Abkommen zu Schengen und Dublin abgestimmt.		Sieben grüne Kandidaturen für faire Einbürgerungen in Emmen.	

Editorial

## «Dekalulivoimtr»

Rosa Rumi, Co-Präsidentin GB, Alberswil

Die Schweiz liegt immer noch in Europa. Das zeigen die Diskussionen um Schengen/Dublin. Erobern wir uns einen bequemen Platz in der Festung Europa, oder machen wir einen Schritt aus der sozialpolitischen Enge der Schweiz? Wir, die Luzerner Grünen, haben diese Frage eindeutig beantwortet. Eindeutig, ohne dabei zu meinen, das eine sei gegenwärtig ohne das andere zu haben. So habe ich dieses Ja zu Schengen/Dublin verstanden, nicht als ein Eintrittsbillet ins Paradies. Ein pragmatischer Entscheid ohne Illusionen.

Aber vorerst bleiben wir ja allein in der Schweiz. Da haben wir auch noch ein paar Angelegenheiten zu regeln. «Meine Damen und Herren, es geht um die Liebe», das meistzitierte Zitat von Ruth Metzler soll hier nicht fehlen, auch wenn es falsch ist. Die Liebe kann allein bestehen (oder auch nicht!). Es geht um die Hindernisse, die ihr in den Weg gestellt werden. Ein paar davon werden für gleichgeschlechtliche Paare aus dem Weg geräumt werden. So selbstverständlich wie endlich-doch-noch-wahr-ge worden am 5. Juni 2005.

Endlich ist die Schweiz ja sowieso, zum Beispiel was die Landreserven betrifft. Pro Sekunde ein Quadratmeter Land mehr unter Haus, Einkaufszentrum, Fabrik und Strasse. Und was wollen die Bauern? Viel Land verkaufen? Auf ihrem Hof einen nicht-landwirtschaftlichen Betrieb ansiedeln können? Wir

haben eine entsprechende Vernehmlassung des Bundes auf dem Tisch. Zum Glück ist die Schweiz so «högrig»: Schiefe Ebenen geben schliesslich mehr Fläche her als ein topfebnes Land – das haben die alten Schweizer schön schlaue eingerichtet.

«Dekalulivoimtr»: Der Kanton Luzern liegt voll im Trend – das stimmt spätestens seit der letzten Revision seines Planungs- und Baugesetzes (siehe Adrian Borgulas RundBrief-Beitrag ab Seite 4). Leider kann man beim fast zeitgleich verabschiedeten Stipendiengesetz nicht sagen: «Dekalulivoimtr». Deshalb die Initiative der Juso, die unsere Unterstützung braucht. Die Stipendieninitiative kommt erst im September zur Abstimmung. Vorher wollen wir einen erfolgreichen schönen 5. Juni, der uns den Beitritt zu Schengen/Dublin und das Partnerschaftsgesetz beschert. Aber in der Politik, das wissen wir, gibt es selten Bescherungen; alles muss erkämpft werden. In diesem Sinne wünsche ich allen einen schön kämpferischen Frühling: in der Stadt, in Horw, in Kriens und auf dem Land.



MV

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

Mietprobleme | Einzug-Auszug | Wohnungsabnahmen  
Mängel in der Wohnung | Mietzins-Check | Literatur

Werden Sie Mitglied! Wir unterstützen und beraten Sie!

Telefon 041 220 10 22

[www.mieterverband.ch/luzern](http://www.mieterverband.ch/luzern)

M i e t e r s c h u t z i s t n ö t i g !

Auch ohne Bewilligung kann gebaut werden

## Villa Kunterbunt in Kriens

Bruno Bienz, GB-Ewohnerrat, Kriens

Ein Grundeigentümer erstellt am Sonnenberg ein Sprudelbad und eine 50 Meter lange Mauer inkl. Stallumbau. Die Erdverschiebung beträgt mehr als 150 Kubikmeter. Pikant: Das Ganze wird ohne Baubewilligung erstellt – und ist damit Anlass für eine Interpellation im Krienser Einwohnerrat.



Raumplanung ist in der Schweiz alles andere als einheitlich. Beispiel Gebäudehöhe: Im Kanton Luzern wird die Höhe eines Gebäudes von der Bodenplatte an gemessen, im Kanton Bern hingegen von der Decke des Erdgeschosses an. Allein in diesem Bereich gibt es in der Schweiz sieben verschiedene Messarten. So erstaunt es nicht, dass die Höhe eines Gebäudes je nach Messart bis zu 3 Meter schwanken kann.

Einheitliche Begriffe und Baugesetze sind das eine, sie durchzusetzen das andere. In der Schweiz gibt es auch kein ernst zu nehmendes Raumplanungsrecht. Was gilt, bestimmen die Gemeinden, und damit sind Unterschiede im Vollzug bzw. Rechtsunsicherheiten vorprogrammiert.

In den letzten Jahren hat in vielen Gemeinden der Druck auf die letzten Baulandreserven zugenommen. Hinzu kommt, dass die Gemeinden zueinander in Konkurrenz stehen und dass viele Gemeinden um neue SteuerzahlerInnen buhlen. Die «logische» Konsequenz daraus: Die Zonenpläne, die im Rahmen der Raumplanung erstellt wurden, verkommen immer mehr zur Makulatur.

### Das Fallbeispiel

Der «Schweizerische Beobachter» hat in seiner Ausgabe vom 21. Januar 2005 die Raumplanung in einigen Schweizer Gemeinden unter die Lupe genommen. Geschildert wurde unter anderem der folgende Fall aus Kriens: Ein Grundeigentümer erstellt ohne Baubewilligung ein Sprudelbad und eine Mauer (inkl. Stallumbau), die 50 Meter lang und bis zu 2,5 Meter hoch ist. Die Erdverschiebung bei diesen Bauarbeiten beträgt mehr als 150 Kubikmeter. Die Gemeinde unternimmt vorerst nichts. Erst als sich ein Nachbar beschwert, wird die Gemeinde aktiv.

In diesem Zusammenhang reichte ich im Einwohnerrat eine Interpellation mit den folgenden Fragen ein:

1. Wie ist es möglich, dass ein Sprudelbad und eine 50 Meter lange Mauer mit einer Höhe von bis zu 2,5 Meter (inkl. Stallumbau) gebaut werden kann, ohne dass eine Baubewilligung vorliegt?
2. Wieso braucht es die Androhung einer Verwaltungsgerichtsbeschwerde, bis der Gemeinderat die illegalen Umbauten zur Kenntnis nimmt?
3. Der Gemeinderat ist laut PBG §214 verpflichtet, Übertretungen dem Amtsstatthalter anzuzeigen. a) Ist das im Fall Bläsihoger geschehen? b) Wenn nein; was sind die Gründe dafür?
4. Handelt es sich um einen Einzelfall oder duldet der Gemeinderat von Kriens weitere illegale Bauten?
5. Wer macht in Kriens die Baukontrolle? Muss aufgrund dieser Vorkommnisse die Baukontrolle intensiviert werden?
6. Welche Sanktionen wendet der Gemeinderat bei illegalen Bautätigkeiten an?

### Fazit

Es kann nicht sein, dass unrechtmässige Bauten im Nachhinein mit geringen Strafen legalisiert werden. Die Baukontrolle muss in den Gemeinden intensiviert werden, sodass illegale Bauten rechtzeitig gestoppt werden können. Vielleicht müsste darüber nachgedacht werden, ob man die Baugesetze vereinfachen und gleichzeitig dafür sorgen müsste, dass die Gemeinde bessere Mittel gegen die Dreistigkeit gewisser Bauherren zur Verfügung hätte.



## Raumplanerische Grundsätze werden ausgehöhlt

# Raumplanung ade?

Adrian Borgula, GB-Grossrat, Luzern

Als in den Sechziger- und Siebzigerjahren deutlich wurde, dass Siedlungen und Infrastrukturen auszufern drohten, wurde mit der Schaffung des Raumplanungsgesetzes Gegensteuer gegeben. Mit der Trennung von Bauzone und Nichtbauzone wurde ein tief greifender Entscheid gefällt. Heute, rund vierzig Jahre später, stehen die raumplanerischen Grundsätze auf wackligen Beinen. Der Fall Galmiz im Kanton Freiburg hat gezeigt, wie schnell eine Landwirtschaftszone in der Grösse von etwa 100 Fussballfeldern umgezont werden kann (natürlich aus wirtschaftlichen Gründen).

**Und welches Verständnis von Raumplanung hat der Kanton Luzern?**

In den Sechziger- und Siebzigerjahren nahm die Mobilität der Menschen in der Schweiz markant zu, und immer mehr Schweizerinnen und Schweizer erfüllten sich den Traum vom Einfamilienhaus «im Grünen». Siedlungen und Infrastrukturen drohten auszufern. Das Raumplanungsgesetz (RPG) sollte diese Entwicklung in geordnete Bahnen lenken und die verschiedenen raumwirksamen Komponenten aufeinander abstimmen.

Die erste und nobelste Aufgabe der Raumplanung ist der haushälterische Umgang mit dem Boden. Die Raumplanung hat dabei auf die natürlichen Gegebenheiten sowie auf die Bedürfnisse von Bevölkerung und Wirtschaft zu achten. Zu den wichtigsten Zielsetzungen gehören:

- der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Landschaft
- das Schaffen von wohnlichen Siedlungen und von räumlichen Voraussetzungen für die Wirtschaft
- die Förderung des sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen

Lebens in den einzelnen Landesteilen. Zudem soll die Raumplanung auf eine angemessene Dezentralisation hinwirken. Der vermutlich tiefgreifendste Schritt war die Grundentscheidung, Siedlungsgebiet (Bauzone)

ne) und Nichtbauzone voneinander zu trennen. Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzone brauchen eine Ausnahmegewilligung. Diese Ausnahmegewilligung wird – zumindest theoretisch – nur unter der Bedingung erteilt, dass der Zweck des Gebäudes einen Standort ausserhalb der Bauzone erfordert.

### Landhunger ist ungebremst

Nach wie vor wird in der Schweiz pro Sekunde ein Quadratmeter Boden überbaut. Boden ist jedoch ein Gut, das sich nicht vermehren lässt und das mit der Überbauung dem natürlichen Kreislauf entzogen wird – in der Regel für immer. Mit der Trennung von Bauzone und Nichtbauzone ist das RPG mitverantwortlich für die hohen Bodenpreise, weil damit das Angebot an Bauland eingeschränkt ist. Das hat etwas Ungerechtes: Der Bau eines Eigenheims ist nur für eine Schicht finanzkräftiger MitbürgerInnen möglich, und der Bodenhandel ist für Händlerinnen und Horter ein lukratives Geschäft.

Andererseits kann ein hoher Bodenpreis dümpelnd auf den Bodenverbrauch wirken.



Nur scheint es in der Realität meist immer noch günstiger zu sein, beispielweise eine neue Fabrikhalle auf der grünen Wiese hochzuziehen, statt eine der zahlreichen leer gewordenen Industriebauten umzunutzen.

### Aufweichung eines raumplanerischen Grundsatzes

Mit der RPG-Revision von 1998 wurde der Grundsatz der Trennung von Bau- und Nichtbauzone ein erstes Mal aufgeweicht. Damit wurden u. a. in der Landwirtschaftszone auch nicht-landwirtschaftliche Umnutzungen und



Erweiterungen ermöglicht, wenn das Überleben eines Betriebs dadurch gesichert wurde. Das von uns Grünen mitgetragene Referendum, das damals zur Abstimmung kam, war leider erfolglos.

Der Fall Galmiz – hier wurde eine Industriefläche in der Grösse von etwa 100 Fussballfeldern mit einer Husch-husch-Umzonung mitten in eine bisherige Landwirtschaftszone platziert – bedeutet eine neue Dimension der Lockerung. Wenn ein Unternehmen mit Arbeitsplätzen wedelt, werden die bisherigen Raumplanungsgrundsätze über den Haufen geworfen.

### Welches Verständnis von Raumplanung hat der Kanton Luzern?

Der Kanton Luzern liegt hier (mindestens!) voll im Trend. Mit der letzten Revision des Planungs- und Baugesetzes wurde u. a. der Bau von Einkaufszentren «auf der grünen Wiese» erleichtert. Die dezentrale Einkaufsstruktur wird damit noch weiter ausgehöhlt, das Verkehrsaufkommen des motorisierten Individualverkehrs gerade dort gefördert, wo er zusammen mit dem Freizeitverkehr das grösste Wachstum hat.

In der Landwirtschaftszone nutzt der Kanton erklärtermassen die Handlungsspielräume für Bauten voll aus, wenn nicht mehr. Denn als z. B. der Bundesrat die Verordnung zum RPG 2003 mit einer Präzisierung lockerte, kam das in Luzern als Einschränkung an, weil der Kanton in diesem Punkt bereits früher freizügiger Bewilligungen erteilt hatte. Es ging dabei um den freiwilligen Wiederaufbau von nicht mehr landwirtschaftlich genutzten Gebäuden.

Mit der Reorganisation von Max Pfisters Departement wurden Dienststellen, die (selten!) mit Einsprachen allzu lockere Bewilligungen des Raumplanungsamtes angefochten hatten, organisatorisch zu Abteilungen zurückgesetzt (es handelte sich namentlich um das Forstamt und das Amt für Natur- und Landschaftsschutz). Ihre Einsprachemöglichkeit wurde gleichzeitig gekappt. In mindestens zwei Fällen, in denen sich das Forstamt einem Entscheid des Raumplanungsamtes widersetzte, weil die Projekte die Waldverordnung eindeutig verletzen, wurden die Verfahren beim Verwaltungsgericht sistiert und dann einfach in gleicher Art neu aufgelegt und bewilligt. Die Forstabteilung hatte mittlerweile keine Möglichkeit mehr, Einsprache zu erheben ...

### Dienststelle rawi sucht Projektmanager

Das heutige rawi (Dienststelle Raumentwicklung und Wirtschaftsförderung) hat ein meines Erachtens falsches KundInnen-Verständnis und eine einseitige Ausrichtung auf die

Bedürfnisse einer kleinen Schicht bauwilliger Investoren entwickelt. Sicher ist es richtig, dass die rawi-Baugesuchszentrale die kantonalen Entscheide bündelt. Aber die Leute, die sich mit den Ergebnissen schlechter Planung (Abgase, Lärm, hässliche Überbauungen, Zersiedelungen u. ä.) konfrontiert sehen, müssten ebenso als Kundinnen und Kunden gelten – wie auch die Anliegen des Naturschutzes Gehör finden müssten.

Kürzlich suchte das rawi per Inserat einen Mitarbeiter – pardon, das heisst jetzt «Projektmanager» ... – für die Baugesuchszentrale. Zum Aufgabenfeld gehöre (sic!) das Wahrnehmen der Ermessensspielräume und das Zurückweisen «übertriebener und unverhältnismässiger Forderungen und Auflagen interner und externer Dienststellen»! Als ob eine Baufachperson über Auflagen von Seiten der Umweltfachstellen zu richten hätte. Ganz nebenbei pinkelt man den «ungebührlichen» Abteilungen ans Bein.

Departementschef Pfister und rawi-Chef Zeidler wiegeln ab. Aber diese Sätze sind nun mal veröffentlicht worden und drücken den Geist aus, der in der Dienststelle rawi herrscht. Kein Wunder wohl, verlassen altgediente umsichtige Raumplaner die Dienststelle. Und wenn externe Planer, die sich an die Gesetze halten wollen, nach und nach Aufträge nicht mehr erhalten, weil Investoren wissen, dass man beim Kanton mit einem Planer, der an die Grenzen und bisschen darüber hinausgeht, besser fährt, dann ist auch dies ein schlechtes Indiz und ein kleines Beispiel für die Tendenz, dass die Raumplanung zur Magd einer eng verstandenen Wirtschaftsförderung zu verkommen droht.

### Agglo-Programm versus kluge Raumplanung

Ein anderes, aber umso gravierenderes Beispiel ist das Agglomerationsprogramm mit einer Doppelstrategie (1,8 Mia. Franken für den Strassenbau, 1 Mia. für den öV), die weder mit den oben erwähnten Zielsetzungen der Raumplanung noch mit dem Gebot der Nachhaltigkeit vereinbar ist (nicht einmal mit dem Kyoto-Protokoll). Mit einer klugen Raumplanung wäre jedoch viel zu erreichen, etwa wohnlichere Siedlungen mit massvollen Verdichtungen an den öV-Haltestellen, bessere Nutzungsdurchmischungen, weniger (Zwangs-)Mobilität und natürlich die Schonung der lebensnotwendigen Ressourcen.



## Abstimmung über das Schengen/Dublin-Abkommen «Die Vorteile überwiegen»

Natalie Kamber, GB-Sekretärin, Luzern

Am 18. April versammelten sich rund zwanzig GB-Mitglieder im Hotel Anker, um die Parole zum Schengen/Dublin-Abkommen zu fassen. Mit diesem Abkommen wird die Sicherheits- und Asylpolitik in Europa neu geregelt. Im Streitgespräch unter der Leitung von GB-Co-Präsident Michael Töngi legten Cécile Bühlmann und Geri Müller ihre Sichtweisen dar.

Worum geht es in der Abstimmung vom 5. Juni 05? Der Schengener Vertrag beinhaltet einen Abbau der Personenkontrollen an den Binnengrenzen. Diese Grenzöffnung hat zur Folge, dass die Aussengrenzen der EU dichtgemacht werden. Zur Bekämpfung der internationalen Kriminalität wird künftig in erster Linie das Schengener Informationssystem (SIS) dienen, in dem die Daten von verurteilten Personen usw. erfasst werden. Der Dubliner Vertrag sieht unter anderem vor, dass Flüchtlinge nur noch in einem Staat ein Asylgesuch stellen können. Damit wird ihnen die Möglichkeit genommen, in einem anderen Staat ein zweites Gesuch zu stellen.



### Abkommen in grösserem Zusammenhang sehen

Im Gespräch mit dem grünen Nationalrat Geri Müller (AG) sagte Cécile Bühlmann (grüne Nationalrätin LU), man müsse die beiden Verträge im Gesamtzusammenhang mit der grünen Europapolitik sehen. Grundsätzlich seien die Grünen für den schnellstmög-



lichen EU-Beitritt, und die Bilateralen II (zu denen das Schengen/Dublin-Abkommen gehört) regelten Dinge, die auch bei einem EU-Beitritt zur Debatte stehen würden.

Geri Müller betonte in seinen Ausführungen, dass der Schengen-Vertrag die Lösung für zwei Probleme bringe, die die Schweiz gar

nicht habe (Sicherheits- und Asylproblem). Gerade beim Asylrecht dürfe man sich nicht den Diskurs der SVP aufzwingen lassen, sondern müsse einen eigenen Weg gehen. Geri Müller: «Es ist fatal, die Schengen/Dublin-Verträge mit der Frage zu verknüpfen, ob die Schweiz willens ist, sich Richtung Europa zu öffnen.»

### Minimalstandards im Asylrecht

Natürlich ist es aus grüner Sicht ein Nachteil, dass Flüchtlinge nur noch in einem Staat ein Asylgesuch stellen können und dass ihnen damit die Möglichkeit genommen wird, in einem zweiten Staat ihre Fluchtgründe darzulegen. Andererseits garantiert das Dubliner Abkommen jedem Asyl Suchenden eine individuelle Gesuchsprüfung und stellt einen minimalen Standard sicher, den die Schweiz bereits jetzt unterschreitet, weil sie ihr Asylrecht in den letzten Monaten dauernd verschärft hat!

In der Vernetzung der Polizeiapparate sieht Geri Müller eine grosse Gefahr: Er will vermeiden, dass der Polizeiapparat «zu seifig» läuft. Sinnvoller als die Ressourcen für den Polizeiapparat in Europa einzusetzen sei es, die Ressourcen für die Armutsbekämpfung vor Ort einzusetzen.

Begeistert vom Schengen/Dublin-Abkommen sei auch sie nicht, sagte Cécile Bühlmann, aber es gebe zum Ja keine Alternative: «Ein Nein am 5. Juni wird als nationalistisches und isolationistisches Nein gegen Europa interpretiert werden. Und was das Asylrecht betrifft, müssen wir sogar froh um einen Beitritt zum Dubliner Abkommen sein, weil es minimale Standards garantiert, die die Schweiz nicht mehr einhält.»

Nach dem lebhaften Streitgespräch und der Beantwortung von Fragen aus dem Publikum wurde abgestimmt. Die anwesenden GB-Mitglieder fasten bei drei Enthaltungen ohne Gegenstimme die Ja-Parole.

### Abstimmungsparole

Abkommen zu Schengen und Dublin

**JA**

## Abstimmung über das Partnerschaftsgesetz

# Ein neuer Zivilstand wird begründet

Ursa Sigrüst, Leitung Abstimmungskampagne Zentralschweiz, Luzern

Mit dem Partnerschaftsgesetz wurde ein eheähnliches Gesetz geschaffen, welches gleichgeschlechtlichen Paaren erstmals ermöglicht, in einer rechtlich anerkannten und geregelten Partnerschaft zu leben. Das neue Gesetz gilt ausschliesslich für gleichgeschlechtliche Paare, während die Ehe Mann und Frau vorbehalten bleibt. Es begründet den neuen Zivilstand «eingetragene Partnerschaft».

Partnerinnen bzw. Partner erlangen ein Gesamtpaket an Rechten und Pflichten gegenüber einander, dem Staat und Dritten. Dieselben Pflichten wie in der Ehe werden durch das Partnerschaftsgesetz in folgenden Bereichen festgeschrieben: gegenseitiger Beistand und Rücksicht, Unterstützungspflicht, gleiche Besteuerung, eine Altersrente von 150 % statt zwei Vollrenten. Das entlastet also den Staat von seiner direkten Fürsorgepflicht. In weiten Teilen bringt das Partnerschaftsgesetz gleiche Rechte wie die Ehe. Dies ist vor allem in den Bereichen wichtig, die sich nicht privatrechtlich regeln lassen, wie Sozialversicherungen, Zeugnisverweigerungsrecht, Besuchsrecht in Spital und Gefängnis, Erbrecht und die Anerkennung als Angehörige. Ausdrücklich ausgenommen jedoch sind das Recht zur Kinderadoption sowie der Zugang zur Fortpflanzungsmedizin. Bei der Vernehmlassung zeigten sich diese beiden Punkte als klar nicht mehrheitsfähig.

Im Weiteren besteht kein Recht auf erleichterte Einbürgerung für ausländische Partner/Partnerinnen; es muss das ordentliche Einbürgerungsverfahren durchlaufen werden. Ein gemeinsamer Name und ein gemeinsames Bürgerrecht sind nicht möglich. Für die Auflösung der Partnerschaft ist wie bei der Ehe das Gericht zuständig.

### Wichtiger Schritt zur Gleichstellung

Für gleichgeschlechtlich Liebende ist das neue Gesetz ein wichtiger Schritt zur Gleichstellung und zur gesellschaftlichen Anerkennung. Liebe und Partnerschaft sind für die meisten Menschen zentrale Faktoren im Leben. Den liebsten Menschen sowie die eigene Liebesfähigkeit nicht mehr verstecken zu müssen bedeutet Lebensqualität. Das Partnerschaftsgesetz erleichtert Eltern und Angehörigen, ihre gleichgeschlechtlich liebenden Familienangehörigen zu integrieren, und stärkt damit die Familie.

gen, ihre gleichgeschlechtlich liebenden Familienangehörigen zu integrieren, und stärkt damit die Familie.

### Kein leichter Stand am 5. Juni 2005

Das Partnerschaftsgesetz wird an der Abstimmung vom 5. Juni 05 keinen leichten Stand haben. Zum einen ist es kein typisch parteipolitisches Geschäft, zum andern werden die Parteien kaum viel Eigeninitiative ergreifen – obwohl es einzelne sehr engagierte Politiker/Politikerinnen gibt, die in den Unterstützungskomitees (national oder regional) mitmachen. Zum andern wird die Kampagne im Schatten des Schengen/Dublin-Abkommens geführt. Der Bundesrat wird zwar die Ja-Parole beschliessen, doch ist nicht mit der Unterstützung des zuständigen Bundesrates Blocher zu rechnen, der als Nationalrat gegen das Partnerschaftsgesetz stimmte.

Das LesBiSchwule Netzwerk, welches vor allem die Kampagne führt (siehe [www.partnerschaft-ja.ch](http://www.partnerschaft-ja.ch)), ist in den verschiedenen Landesteilen unterschiedlich stark. Das Budget ist knapp; nebst einer einzigen bezahlten 100 %-Stelle wird ausschliesslich unbezahlte Arbeit geleistet. In der Zentralschweiz besteht mit der LesBiSchwulen Konferenz eine gut vernetzte und motivierte Trägerschaft der Abstimmungskampagne. Mit der fantasievollen «Herzkampagne» sensibilisieren wir die Bevölkerung für LesBiSchwule Lebensweisen und rufen auf zu einem Ja am 5. Juni. Unterstütze auch du das Partnerschaftsgesetz mit einer Spende (PC 30-687893-7), der aktiven Teilnahme an einer Standaktion oder indem du einen Leserbrief schreibst. Unsere Kontaktadresse: [zentral@partnerschaft-ja.ch](mailto:zentral@partnerschaft-ja.ch).



# Ja & Oui & Sì &

### Abstimmungsparole

Bundesgesetz für die eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare

JA

## Interview mit Claudia Blum und Janine Köchli «Um Minimallösung kämpfen»

Interview: Michael Töngi, Co-Präsident GB Kanton, Kriens

Das Partnerschaftsgesetz bringt keine wirkliche Gleichstellung – was Claudia Blum und Janine Köchli, die zusammen leben, ärgert. Blum und Köchli hinterfragen die Ehe und die heterosexuelle Matrix unserer Gesellschaft. Trotzdem stimmen sie klar Ja zum Partnerschaftsgesetz.

*Welche Bedeutung hat für euch die Abstimmung über das Partnerschaftsgesetz?*

**Claudia Blum:** Am Anfang der Diskussionen habe ich mich an den Unterschriftensammlungen beteiligt und war sehr aktiv. Ich finde es gut, dass dieses Gesetz kommt. Gleichzeitig ist es eine heikle Sache: Das Gesetz bringt keine wirkliche Gleichstellung, sondern beinhaltet viele Einschränkungen.

**Janine Köchli:** Ich finde es ebenfalls eine zwiespältige Sache. Natürlich ist es gut, dass das Thema endlich auf die politische Agenda kommt, andererseits bedeutet das Gesetz eine Ausnahmeregelung für eine spezielle, «komische» Gruppe von Menschen, denen man sagen kann: «Also gut – wir geben euch jetzt ein Stückchen vom Kuchen ab.»

*Wollt ihr denn noch mehr von diesem Kuchen?*

**Blum:** Ursprünglich ging es um gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Partnerschaften, das heisst also auch Zugang zur Adoption, künstliche Befruchtung usw.

**Köchli:** Es ist ein rechtlicher Kuchen, der verteilt wird, und es ginge darum, die Rechte, die den ehelichen Partnerschaften zugestanden werden, vollständig in Anspruch nehmen zu können, wenn man das will. Solange es so ist, dass man mit Heiraten Rechte ergattern kann, müsste eine Heirat für alle möglich sein.

*Trotz vieler Bedenken – werdet ihr beide Ja stimmen?*

**Köchli:** Ja, man muss das mit anderen Emanzipationsprojekten vergleichen, wo man auch nicht mit dem fertigen Paket antanzen kann, wenn es eine Mehrheit gibt, die glaubt, sie handle seit 10'000 Jahren richtig. Ohne Mehrheiten kann man nichts Neues einführen. Mir ist der Zwiespalt unangenehm – trotzdem weiss ich nichts anderes, als das zu nehmen, was möglich ist.

**Blum:** Die ganze Diskussion läuft so, dass eine Ablehnung des Partnerschaftsgesetzes nur die homophoben Kreise stärkt. Wir müssen alles daran setzen, zu gewinnen, und zeigen, dass wir eine Akzeptanz haben in dieser Gesellschaft.



Claudia Blum und Janine Köchli

*In den Siebzigerjahren sind Lesben und Schwule mit einem betont gesellschaftskritischen Anspruch angetreten. In der laufenden Kampagne wird jetzt ständig die Normalität von Schwulen und Lesben betont. Was ist passiert?*

**Köchli:** Unter Schwulen und Lesben gibt es genau so viele «normale» und «weniger normale» Menschen wie bei den Menschen, die mit einer heterosexuellen Matrix leben. Es gibt viele schwule und lesbische Menschen, die das Bedürfnis haben, möglichst «heterokonform» zu sein, und es steht mir nicht zu, diese anzugreifen oder gar zu verurteilen.

**Blum:** Zur Norm: Wenn ich sage, ich sei eine Lesbe, meinen viele, ich sei schon im Kindergarten auf die Kindergärtnerin gestanden. Das war aber nicht so, allerdings stand ich auch nicht auf einen Lehrer, das war schlicht kein Thema. Und: Ich habe auch schon Beziehungen zu Männern gelebt. Wann welche Beziehungswünsche und -formen entstehen, ist ganz verschieden, aber bei uns ist alles darauf ausgelegt, dass Männlein und Weiblein zusammengehören. Dieser Zwangsheterosexualität stehe ich sehr kritisch gegenüber.

*Also sollen diese Partnerschaftsrechte allen Leuten zur Verfügung stehen – im Sinne von Multikultur?*



**Köchli:** Dahinter steckt für mich eine Utopie: Die Ehe ist eine Institution, die auf die Partnerschaft zwischen einem Mann und einer Frau beschränkt ist. Ich wünschte mir, dass Beziehungsthemen in der gleichen Qualität zwischen Menschen geregelt werden können, welche keine Ehe im heutigen Sinn eingehen können. Ich möchte beispielsweise mit meiner Schwester zusammen ihre Tochter mit gleichen Rechten erziehen – oder dass meine Pensionskasse an meine Nachbarin geht, weil wir zusammen alt geworden sind und einander wie ein altes Ehepaar bis zum Tod gepflegt haben.

Mit dem vorliegenden Gesetz haben wir es mit einem Kompromiss an die bestehende Institution «Ehe» und ihrem gesellschaftlichen Status zu tun – und nur dieser ist mehrheitsfähig.

*Hat die Mehrheit der Menschen noch Probleme mit Lesben und Schwulen? Oder sind es nicht eher die Schwulen und Lesben, die sich ständig von der Gesellschaft bestätigen lassen wollen, dass ihre Lebensweise in Ordnung ist – obwohl das für die Mehrheit schon längst kein Thema mehr ist?*

**Köchli:** Schön, wenn es so wäre. Wenn es nur unser Problem wäre, dann hätten wir nicht um eine solche Minimallösung kämpfen müssen. Und es gibt ja eine Gegenbewegung. Mir kommt eher Ignoranz in den Sinn, wir sind weit von wirklicher Akzeptanz entfernt.

**Blum:** Viele sagen, damit habe ich keine Probleme, aber danach wird das Thema totgeschwiegen, und beim Thema Kinder dominiert die Ansicht, dazu brauche es also schon Mann und Frau. Das sind tief sitzende Muster.

*Die Ja-Kampagne geht stark davon aus, dass Schwule und Lesben ein Recht auf Liebe haben – da sie ja als Homosexuelle geboren sind. Früher konnte gerade für Frauen das Leben in einer Frauenbeziehung auch ein politischer Akt sein. Ist das heute noch ein Thema? Oder sind heute nur die Gene für die Partnerwahl zuständig?*

**Köchli:** Ich weiss nicht, was junge Frauen letztlich dazu bewegt, sich für eine Frauen- oder eine Männerbeziehung zu entscheiden. Die Frauenbewegung hat sich bestimmt verändert. Junge Frauen drängen nicht mehr darauf, die Unterschiede zu anderen zu betonen, sondern sie wollen gleich sein und gleiche Rechte beanspruchen. Junge Frauen gehen von den Rechten aus, die sie haben, und davon, dass sie dasselbe können wie die jungen Männer.

**Blum:** Viele nennen sich nicht mehr lesbisch, sondern bisexuell.

*Das klingt offenbar besser – oder steckt mehr dahinter?*

**Blum:** Es lässt alles offen, was ich einerseits schön finde. Andererseits ist es eben nicht egal, ob man als Frau mit einer Frau oder mit einem Mann lebt. Wenn ich eine Arbeitsstelle antrete, dann passiert mir sehr selten, dass mir jemand sagt: Ich bin heterosexuell, denn das ist immer noch das, was sich von selbst versteht.

*Im Abstimmungskampf tritt zuvorderst FDP-Mann Rudolf Schweizer auf, und Ruth Metzler ist schon fast in den schwulen Kosmos erhoben worden. Abstimmungstechnisch ist das sicher richtig, aber was sagt die lesbische Frau dazu, die die ganze Diskussion mitangeschoben hat?*

**Köchli:** Das zeigt eben, dass die Mehrheit dem Partnerschaftsgesetz zustimmen und das Plazet geben muss: «Rolf Schweizer und Ruth Metzler – die sind schon recht.» Die «Normalen» müssen hinstehen, um zu zeigen, dass das Gesetz in Ordnung ist – womit auch gleich die Machtverhältnisse deutlich werden. Es ist jedoch völlig klar: Wichtig ist, dass diese Lobbyarbeit gemacht wird. Ich wüsste keine andere Lösung. Und Pink Cross sowie LOS haben ganz viel wichtige Arbeit geleistet, ebenso der katholische Frauenbund.

*Was haben die zehn Jahre Einsatz für das Partnerschaftsgesetz gebracht?*

**Blum:** Dass wir jetzt präsent sind. Wir haben zwar keine Gleichstellung erhalten, aber für mich ist nun nicht einfach die Adoption das nächste Thema. Es bräuchte jetzt eine grundsätzliche Diskussion in den eigenen Reihen und darüber hinaus mindestens auch in den linken Parteien eine Diskussion über das Weiter.

**Köchli:** Da müsste über die Ehe diskutiert werden. Die Abstimmung vom 5. Juni ist mal ein Grundstein. Gleichberechtigung ist damit aber noch nicht erreicht. Ich wünsche mir eine Diskussion darüber, was die Ehe soll, was sie bringt, ob ihre Zeit abgelaufen ist und ob es noch andere Vorstellungen für Familie gibt. Für eine solche Diskussionsgruppe würde ich mich gleich anmelden.

*Claudia Blum und Janine Köchli – vielen Dank für das Gespräch.*

R E S T A U R A N T B A R  
N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadtstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

## Grüne Bildungspolitik Wie wir uns Bildung vorstellen

Heidi Rebsamen, Mitglied nationaler Vorstand, Luzern

Zum Auftakt der UNO-Dekade «Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005–2014» hat die GPS ein Bildungspapier veröffentlicht.

Zentrale Elemente sind:

- Ein Schulsystem ohne Selektion vor Ende der obligatorischen Schulzeit.
- Integration von Kindern mit Leistungsbeeinträchtigungen bzw. Behinderungen sowie von Kindern mit besonderen Begabungen in die Normalklassen.
- Mehrere Lehrpersonen teilen sich die Verantwortung für eine Klasse, andere Fachleute (Schulsozialarbeit, Heilpädagogik usw.) unterstützen sie in ihrer anspruchsvollen Aufgabe.
- Bildung ist mehr als kognitives Lernen. Herz, Geist und Hand sind in allen Fächern und auf allen Bildungsstufen gefordert.
- Ein Bundesamt für Bildung ist zu schaffen. Dieses erlässt Vorschriften über die Dauer der Bildungsstufen, über Standards, die am Ende der Bildungsstufen zu erreichen sind, und

über die Sicherstellung von Bildungsinhalten im Sinne der Nachhaltigkeit und der allgemeinen Menschenrechte.

Mehr dazu unter:

[www.gruene.ch/d/politik/positionsapiere.asp](http://www.gruene.ch/d/politik/positionsapiere.asp)



Einige Gäste haben bei uns ihre dichterische Ader entdeckt. Wir zitieren:

- «Essen, das auch der Seele gut tut.»
- «Weltklasse.»
- «Von einem andern Planeten.»
- «Eine Sensation der Sinne.»
- «Food aus den Sphären.»
- «Überirdisch gut.»
- «Hinreissend.»

Wir geben zwar keine Garantie, dass Sie hingerissen oder abgehoben werden, wenn Sie in der

### KOSTGEBEREI

essen, aber geniessen werden Sie unsere leichten, bekömmlichen Vollwertmahlzeiten allemal.

Jeden **Dienstag, Mittwoch und Donnerstag** über Mittag.  
Übrige Zeiten für Gruppen auf Anfrage.

Kostgeberei  
Ulmenstrasse 14, 6003 Luzern, 041 360 34 13



Die Idee  
von Ihnen  
Das Holz  
aus der Region  
Die Qualität  
vom Schreiner

Stefan Suhner  
Möbelschreinerei  
Rösslimattweg 8  
6005 Luzern  
Telefon 041 360 82 83

PATRICK STEINER



PARKETTARBEITEN  
MALERARBEITEN  
NATURFARBEN

BÜRGENSTR. 34/36  
6005 LUZERN  
TEL. 079 650 79 42

# Marche mondiale des femmes am 11. Juni Gegen Armut und Gewalt an Frauen

Lucia Abächerli, Luzern

Überall wird gespart. Die Arbeitswelt wird immer intoleranter, und ein gesicherter Platz in der Gesellschaft ist immer weniger garantiert. Wir Frauen stellen fest, dass der enger werdende Raum wieder vermehrt zu Ungunsten der Frauen verteilt wird. Aus diesem Grund tritt Marche mondiale des femmes mit einem weltweiten stafettenartigen Frauenmarsch an die Öffentlichkeit. Am 11. Juni 2005 machen wir Halt in der Zentralschweiz.

Die Frauenbewegung Marche mondiale des femmes kämpft für eine bessere und gerechte Welt: für die soziale, wirtschaftliche und berufliche Gleichstellung und für den Schutz der körperlichen und psychischen Unversehrtheit. Marche mondiale will frauenspezifische Armut und Gewalt in möglichst vielen Ländern thematisieren. Frauen auf der ganzen Welt engagieren sich mit Marche mondiale für ihre Anliegen. Sie formulieren Forderungen, unterzeichnen Chartas und nehmen so öffentlichen Raum ein (mehr Infos unter [www.marche-mondiale.ch](http://www.marche-mondiale.ch)).

In der Zentralschweiz liegt der Forderungsschwerpunkt im Bereich Migration und Arbeit: Migrantinnen und Schweizerinnen erleben immer wieder (strukturelle) Gewalt und Armut bei der Arbeitssuche, beim Einholen von Bewilligungen, beim Lohn und seinen Folgen (AHV) sowie im Arbeitsprozess selber.

## Eine Auswahl unserer Forderungen:

- Ein garantierter Mindestlohn, der es ermöglicht, ein angemessenes Leben zu finanzieren und sich am sozialen Leben zu beteiligen.
- Die Lohngleichstellung von Frauen und Männern, insbesondere durch Gesamtarbeitsverträge.
- Massnahmen, welche die traditionelle Arbeitsteilung und die Teilung des Arbeitsmarktes in Frauen- und Männerberufe aufbrechen und den Frauen den Zugang zu einer maximal breiten Berufswahl und zu höherer Lebensqualität ermöglichen.
- Die Abschaffung von unfreiwilliger Teilzeitarbeit und Unterbeschäftigung sowie von jeglicher Form von Arbeit auf Abruf.
- Die Anerkennung der Diplome, der beruflichen Erfahrung und der interkulturellen Kompetenzen von Migrantinnen.

- Für die Sans-Papiers das Recht auf Schutz ihrer Gesundheit, Hilfe in Notlage sowie das Recht auf Deckung der menschlichen Grundbedürfnisse unter Achtung der Menschenwürde.

Marche mondiale des femmes ist ein aktiver Schritt, um aus der «Es ist halt so»-Mentalität auszubrechen. In einer Welt, in der sich die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr öffnet, in der strukturelle und individuelle Gewalt stetig zunimmt und Migrantinnen nur zum «Chrampfen» ohne Rechte und Versicherungen willkommen sind, ist Marche mondiale des femmes ein positives Zeichen.



**Komm auch du mit uns auf die Strasse am 11. Juni 2005!** Weitere Informationen unter [www.vpod-luzern.ch](http://www.vpod-luzern.ch) oder über die Kontaktadresse [vpod.frauen@gmx.ch](mailto:vpod.frauen@gmx.ch).

M o n d i a l e  
d e s f e m m e s 2 0 0 5  
E t a p p e Z e n t r a l s c h w e i z

Mo, 30.05.2005 19.30–21.00 Uhr Café Freudehus, Moosstr. 26 Luzern, in der LOGE  
Auseinandersetzung mit den Forderungen des Marche mondiale des femmes: Armut und Gewalt.  
Diskussionsschwerpunkt: Arbeit und Migration

## Samstag 11. Juni 2005 Frauenmarsch gegen Armut und Gewalt an Frauen

### Marche-Routen 1a und 1b

1a 11.30 Uhr Zug, Hauptbahnhof  
12.30 Uhr Ebikon, Bahnhof  
1b 12.50 Uhr Sarnen Bahnhof

14.00 Uhr Luzern,  
Demo Maihofschulhaus

### Marche-Route 2

12.00 Uhr Emmenbrücke, Sonnenplatz  
14.00 Uhr Luzern, Demo Kreuzstutz

Route 3 14.27 Uhr Stans,  
Bahnhof

15.00 Uhr Überquerung der Seebrücke ab Schwanenplatz

### 15.30 Uhr Kundgebung Kapellplatz

Hauptrednerin Cécile Bühlmann,  
grüne Nationalrätin, spricht zum Thema Frauen in der Arbeitswelt  
Kurzreden von Migrantinnen und Musik bis 17.00 Uhr

### 18.00 Uhr Frauenfest Schüür

Begrüssung mit Stadträtin Ursula Stämmer-Horst  
Nachtessen interkulturell / 1000 Nobelpreisträgerinnen / Kurzlesung  
21.00 Uhr Konzert mit Nomza Gumede and Band Solidaritätseintritt

## Einladung zur kantonalen GV

# Podium: Fremdsprachenunterricht

Natalie Kamber, GB-Sekretärin, Luzern

Die GV 2005 findet am Dienstag, 24. Mai, im Restaurant Sonne in Emmenbrücke statt. Wir treffen uns um 18.00 Uhr zum Apéro und Gespräch. Um 19.00 Uhr diskutieren Willi Stadelmann und Otti Gürber unter der Leitung von GB-Co-Präsidentin Rosa Rumi, wie viele Fremdsprachen auf Primarstufe sinnvoll sind.

Bei der Diskussion um den Fremdsprachenunterricht haben sich zwei Modelle herauskristallisiert: das Modell 3/5 (erste Fremdsprache im 3. Schuljahr, zweite Fremdsprache im 5. Schuljahr) sowie das Modell 3/7 (erste Fremdsprache im 3., zweite Fremdsprache im 7. Schuljahr). Welches Modell ist das bessere?



Antworten auf diese und andere Fragen geben Willi Stadelmann, Direktor der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz, und Otti Gürber, Präsident Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverband.

Die eigentliche GV beginnt um 20.30 Uhr. Nebst den statuarischen Geschäften berichten und entscheiden wir über die Aktivitäten, die für die kommenden Monate geplant sind.

**Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme.**



BE Netz AG Luzern plant ganzheitlich und baut

- Solaranlagen für Warmwasser und Strom
- Pelletskessel und Pelletsöfen, Stückholzheizungen
- Wärmepumpen
- Moderne energiesparende Haustechnik
- Energieberatungen für Umbauten

Im info-heiz-center können wir Ihnen alle Kessel in Betrieb zeigen. Sie bekommen bei uns alles aus einer Hand, die Beratung, die Planung und die Installation. Umfangreiche Referenzlisten zeigen Ihnen unsere Stärken.

Rufen Sie uns heute noch an,  
unser Team freut sich auf ihren  
Anruf 041 410 40 70

**BE | NETZ**  
Bau und Energie

BE Netz AG  
Bernstrasse 57a  
6003 Luzern  
info@benetz.ch / www.benetz.ch

## Das Agglomerationsprogramm aus grüner Sicht

# Strassen für 1'800 Mio. Franken

Philipp Federer, Grossstadtrat, Luzern

Der Kanton verfolgt eine Politik des Strassenbaus. Mit dem Agglomerationsprogramm fordert der Kanton Strasseninfrastrukturen für 1'800 Mio. Franken. Namentlich gehören die «Autobahntlastung» (genannt Bypass), der Südzubringer, eine Umfahrung Reussbühl und Autobahnanschlüsse dazu. Bezüglich öffentlicher Verkehr wird zwar eine Verbesserung bei der Zentralbahn und bei den Zufahrtsstrecken gefordert. Insgesamt hat das Agglomerationsprogramm aber weder Visionen für einen leistungsfähigen Durchgangsbahnhof noch für eine Schienenerschliessung von Kriens. Wir hingegen unterstützen eine Verbesserung bei der Zentralbahn (Tieflegung und Haltestelle Allmend), die konsequente Förderung des Langsamverkehrs, neue Zufahrtslinien zum Hauptbahnhof und eine Schienenerschliessung von Kriens.



*Zukünftig: Die Stadtbahn hat freie Fahrt, während die Autos warten müssen. Danach steht den Autos die ganze Strassenfläche zur Verfügung.*

Damit nicht einfach neue Kapazitäten fürs Auto und für mehr Verkehr entstehen und damit der Pendlerverkehr in Zukunft nachhaltig abgewickelt werden kann, muss das Agglomerationsprogramm zurückgewiesen werden!

### **Wir machen Dampf: Unterschreiben Sie die Petition «STATTautoBAHN»!**

Sie ist auf dem Sekretariat zu beziehen oder von der Website [www.gruene-luzern.ch](http://www.gruene-luzern.ch) herunterzuladen. Weiter finden sie interessante Materialien und Artikel zum Thema: ausführlicher Kommentar zum Agglomerationsprogramm aus grüner Sicht, städtische Motion für eine Stadtbahn, geschichtliche Hintergründe der Stadtbahn sowie Argumente für eine Petition «STATTautoBAHN».



*Kriens bisher: Der Bus bleibt in der Haltebucht stecken.*



[www.baukultur.ch](http://www.baukultur.ch)

BÜRO FÜR BAUKULTUR GMBH  
EDGAR UEBERSCHLAG  
ARCHITEKTUR  
BAUÖKOLOGIE  
BAUBIOLOGIE  
BRÜGGLIGASSE 2  
CH - 6004 LUZERN  
TEL. 041 - 412 02 90

## Reduktion des städtischen Steuerfusses beschlossen

# Bürgerliche fördern Arbeitslosigkeit

Hans Stutz, GB-Grossstadtrat, Luzern

Die bürgerlichen Parteien wollen der Stadt Luzern finanzielle Mittel vorenthalten. Sie verbessern damit das Steuerklima für die Wohlhabenden. Die GB-JG-Fraktion wird sich gegen jeden sozialen und ökologischen Abbau wehren.

Ende November 2004 haben die bürgerlichen Parteien im Stadtluzerner Parlament der Stadt eine schöne Bescherung bereitet. Sie beschlossen – unabhängig von kantonalen Steuergesetzrevisionen – eine Reduktion des städtischen Steuerfusses um einen Steuerzehntel. Sie wollen der Stadt damit rund 11 Millionen Franken jährlich vorenthalten. Davon profitieren – wie bei allen Steuerfuss-Reduktionen – in erster Linie die kleine Minderheit der Besserverdienenden, jene mit einem steuerbaren Einkommen von über 100'000 Franken. Die grosse Mehrheit der Steuerzahlenden, nämlich zwei Drittel, versteuert hingegen ein Einkommen von 50'000 Franken oder weniger.



### Steigende Verschuldung der Stadt

Die GB-JG-Fraktion erachtet es immer noch als widersinnig, dass die bürgerlichen Parteien angesichts der notwendigen und von keiner Fraktion bestrittenen Investitionsvorhaben (insbesondere Renovationen von Altersheimen und Schulhäusern) und der damit einhergehenden steigenden Verschuldung der Stadt den Steuerfuss senken wollen. Das vordringliche Ziel einer soliden städtischen

Steuerpolitik ist immer noch, vorerst die Verschuldung (heute rund 130 Millionen) weiter zu senken. Erst dann erscheint der GB-JG-Fraktion eine Diskussion über eine Steuerfussreduktion sinnvoll.

Selbstverständlich haben sich die bürgerlichen StadtparlamentarierInnen im vergangenen Herbst darüber ausgesprochen, wo konkret die Stadt sparen soll. Einzelne sprachen zwar sibyllinisch von «Überprüfung von Leistungsstandards». Meinten sie aber damit den Abbau der Betreuungsqualität in den Alters- und Pflegeheimen – beispielsweise durch weniger ausgebildete PflegerInnen? Oder meinten sie die Erhöhung der Klassengrösse in den Volksschulen? Wie dem auch sei, soziale Erregenschaften sind gefährdet.

### Leistungsabbau und Abbau von Arbeitsplätzen?

Klar ist: Nach der kantonalen Steuergesetzrevision erleidet die Stadt bereits einen Einnahmerückgang von mehreren Millionen. Je nach Entwicklung muss die Stadt – vorausgesetzt, die bürgerlichen Parteien nehmen nicht wieder Vernunft an – bis zu 30 Millionen Franken einsparen. Dies geht nur mit Leistungsabbau und mit dem Abbau von Arbeitsplätzen. Es geht dabei nicht nur um «ein paar Dutzend» Stellen, wie Finanzdirektor Franz Müller beschönigend meinte. Es kann sich um bis zu zweihundert Stellen handeln.

Das erste Opfer der bürgerlichen Sparpolitik sind auch diesmal die Männer und Frauen, die bei der Stadt lohnabhängig arbeiten. Im kommenden Jahr sollen sie nur ein Prozent Lohnerhöhung erhalten, ein halbes Prozent für alle, ein halbes Prozent individuelle Lohnerhöhung, gelegentlich auch «Arschlecker»-Prämie genannt. Zwischenfazit: Die Sparpolitik der bürgerlichen Parteien fördert die Arbeitslosigkeit und gefährdet den sozialen Frieden.

In den kommenden Monaten wird nun eine stadträtliche Kommission, zusammengesetzt aus je zwei VertreterInnen pro Fraktion, die Vorschläge der Stadtregierung diskutieren müssen. Die beiden GB-VertreterInnen werden sich gegen jeden Sozialabbau wie auch gegen jeden Abbau bei den ökologischen Vorhaben konsequent wehren.

### Learn English

[www.english-on-dartmoor.com](http://www.english-on-dartmoor.com)

in einem Landhaus in Devon  
**Eintauchen in die Sprache  
 und in die Landschaft**

Vielseitige Kurse  
 von Februar bis November 2005  
 Kursdauer: 2 bis 4 Wochen  
 Das Essen ist vegetarisch  
 Das Mindestalter: 26 Jahre

**Aktuell:**

**Open English Courses**  
 während des ganzen Jahres  
**Engl. Gardens/Arts and Crafts**  
 Mai 2005

**Auskünfte und Anmeldungen bei  
 Lynn Rawlinson**  
[info@english-on-dartmoor.com](mailto:info@english-on-dartmoor.com)  
 Telefon: 0044 1364 73117

Blick auf Gegenwart und Zukunft

# Wie gehts dem städtischen Vorstand?

Hans-Peter Hug, Mitglied städtischer Vorstand, Luzern

Vorerst ein kleiner Blick zurück. Vor vier Jahren entschieden wir uns für das Modell «Aktiver Vorstand» (wir berichteten darüber). Die wesentlichen Aufgaben wurden von je einem Vorstandsmitglied wahrgenommen. Fürs Präsidium fanden wir jedoch trotz intensiver Suche niemanden. Zudem blieben einzelne Aufgabenbereiche unerfüllt. So etwa führte die damals entstandene Aktionsgruppe zwar einen kreativen «Grünen Frühling 2002» durch, doch blieb es in den kommenden Jahreszeiten mangels Resonanz so still, dass die Gruppe in einen Dornröschenschlaf fiel.

Nach den letztjährigen erfolgreichen Wahlen – wir konnten prozentmässig nochmals zulegen – wollten wir den Schwung ausnützen, indem wir verschiedene Kandidierende für eine Mitarbeit im Vorstand anfragten. In dieser Zeit führten wir drei Veranstaltungen durch: Hallenbad (April 2004), Schulpflege und Schulsozialarbeit (Juni) und Kulturwerkplatz im Schlachthof (September). Daneben waren wir bei Abstimmungen jeweils vor allem mit Standaktionen präsent und liessen uns zu wichtigen politischen Themen vernehmen (z. B. zur Fusion von Littau und Luzern). Auf dem Hintergrund dieser meist unspektakulären Arbeit (vergleiche dazu den Text «Inhalte sehr gut – Beteiligung?» im RundBrief 5/2004) bildete sich nach und nach der neue städtische Vorstand heraus.

## Rücktritte und neue Vorstandsmitglieder

Und damit zum Blick in die Gegenwart. Matthias Wyrsh hat an der vorletzten Sitzung seinen Rücktritt bekannt gegeben. Christa Stocker und Heinz Bäbler sehen zurzeit keine Möglichkeit, aktiv mitzuarbeiten. Ihnen allen danken wir ganz herzlich für die bisherige Mitarbeit! Erfreulicherweise haben wir neue Vorstandsmitglieder gefunden: Edith Lanfranconi, Priska Schärli und Cécile von Reding. Von den bisherigen Mitgliedern verbleiben Agatha Fausch, Paula Giger, Hans-Peter Hug und Rita Meyer. Ruedi Meier und Jonas Ott nehmen ebenfalls an den Vorstandssitzungen teil. Wir haben entschieden, uns alle drei Wochen jeweils am Montag von 19.15 bis zirka 21.30 Uhr zu treffen. Die Vor-

standsdaten finden sich in der Agenda des RundBriefs und unter [www.gruene-luzern.ch/termine.php](http://www.gruene-luzern.ch/termine.php).

## Veranstaltungen in neuer Form

Womit wir beim Blick in die Zukunft wären. Wir möchten weiterhin mit Veranstaltungen an unsere Mitglieder gelangen, sind jedoch dabei, die Form dieser Veranstaltungen zu überdenken. Nach den Sommerferien werden wir zu einem ersten «Palaver» einladen. Zudem will der Vorstand weiterhin die Bewegungsführung und das politische Alltagsgeschäft garantieren. Nach wie vor ist dabei aber die grösste Knacknuss, dass wir ohne Präsidium auskommen müssen.

Trotzdem – die Vorstandsmitglieder haben sich vorgenommen, in ihrer politischen Arbeit vor allem das zu tun, worauf sie Lust haben. Klar, dass das nicht immer aufgeht. Die letzten vier Jahre haben dennoch gezeigt, dass in einer Gruppe, in der sich alle wohl fühlen und die sich nicht zu viele Bürden auferlegt, doch einiges an politischer Arbeit möglich ist.



v.l.n.r.: Jonas Ott, Hans-Peter Hug, Edith Lanfranconi, Ruedi Meier, Agatha Fausch, Paula Giger, Cécile von Reding, Priska Schärli und Rita Meyer

## Wahlen in die Bürgerrechtskommission

# Kandidaturen für faire Einbürgerungen

Luzius Hafen, GB-Einwohnerrat, Emmen

Am 27. Februar 2005 haben die Stimmberechtigten der Gemeinde Emmen mit 68 % Ja-Stimmen den unwürdigen und diskriminierenden Einbürgerungen per Volksabstimmung ein Ende bereitet. Emmen will die Aufgabe mit einer Einbürgerungskommission lösen, wie das unsere (kantonale) Initiative vorgesehen hatte. Am 5. Juni 2005 findet nun die erste Wahl in die Bürgerrechtskommission statt, und wir freuen uns, mit einer starken Liste ins Rennen steigen zu können.

(47), parteilos,  
Disponent/Einkäufer,  
Emmenbrücke  
Hobbys: diverse Sportarten, Garten, Kochen



**Michel Krummenacher**

«Ich setze mich für faire und transparente Einbürgerungen ein. Die Interessen der Antragstellerinnen und Antragsteller sowie der Gemeindebevölkerung sollen eine Einheit bilden.»

(38), Mittelschullehrer,  
Emmenbrücke  
Hobbys: Jazz, Langlauf



**Matthias Arnet**

«Menschen, welche die Schweizer Staatsbürgerschaft beantragen, zeigen, dass sie bereit sind, in unserem Land Verantwortung zu übernehmen. Sie haben ein Anrecht auf ein faires Verfahren. Die Bürgerrechtskommission soll genau dieses garantieren.»

(48), Primarlehrerin/  
Schul. Heilpädagogin,  
Emmen  
Hobbys: Lesen, Musik,  
Radfahren, Reisen



**Marie-Theres Kappeler-Gschwend**

«In meiner Arbeit habe ich häufig Kontakt zu Menschen aus fremden Kulturen, zu Eltern und ihren Kindern. Ich erlebe ihre Verbundenheit mit der Schweiz und mit ihrem Heimatland. Dabei habe ich entscheidende Faktoren kennen gelernt, die für eine erfolgreiche Integration notwendig sind.»

(40), parteilos, Regisseurin/Schauspielerin,  
Emmenbrücke



**Ursula Hildebrand**

«Ich setze mich dafür ein, dass die Einbürgerungsgesuche auf faire und menschenwürdige Art und Weise behandelt werden. Integration bedeutet für mich nicht einseitige Anpassung, sondern die Möglichkeit, ein zeitgemässes Zusammenleben zu finden. Die Zielsetzung muss Partizipation und nicht Ausschluss heissen.»

(45), Arbeiter, Emmen  
Hobbys: Sport mit Schnee und Eis, lesen, debattieren, spielen, Volleyball



**Roland Tinner**

«Ich bringe Erfahrung in Kommissionsarbeit und in der Arbeit mit AusländerInnen mit und wünsche mir, dass die Einbürgerungen korrekt und fair ablaufen.»

(50), Homöopathin, Erwachsenenbildnerin, Naturheilpraktikerin, langjährige Berufserfahrung in der Beratung von AusländerInnen, Emmen

Hobbys: Reisen, Sprachen/Kulturen kennen lernen, Wandern, Skitouren, Velofahren, Jassen, Spielen, Natur, Tiere, Musik, Gärtnern



**Rita Pasquale Herger**

«Die Lebensgeschichte von Menschen verschiedenster Herkunft interessieren mich. Ich möchte in der Gemeinde Emmen mithelfen, die Einbürgerungen auf faire Art und nach klaren Kriterien zu gestalten.»

(54), parteilos, Dozent Fachhochschule (Prof.), Emmenbrücke  
Hobbys: Wandern, Musik und zeitgenössische Kunst



**Arnold Wyrsch**

«Emmen hat als Industriestandortgemeinde seit Jahrzehnten eine Vorreiterrolle in Sachen Migration inne. Diese Rolle soll auch in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten mit Sorgfalt und Weitsicht weiterentwickelt werden.»

Susanne Truttmann, Kandidatin von SP und GB

## Die Gemeinderätin für Emmen!

Luzius Hafen, GB-Einwohnerrat, Emmen

Susanne Truttmann ist durch und durch Emmerin. Sie ist hier aufgewachsen, hat in Musik- und Frauenvereinen mitgewirkt und mit ihrem Mann und ihren beiden mittlerweile erwachsenen Töchtern zusammen ein ganzes Familienleben in Emmen verbracht.

Als Kindergartenlehrperson, Instrumentallehrerin und Lehrerin/Stufenleiterin Einschulungsklassen hat sie Hunderte von Kindern aus der Gemeinde Emmen unterrichtet und sich dafür eingesetzt, dass ihnen ein Erfolg versprechender Schulstart ermöglicht wurde.

**Susanne Truttmann weiss, dass Bildung die Voraussetzung für Toleranz und gegenseitiges Verständnis ist.**

Die SP-Frau ist die gemeinsame Wunschkandidatin von SP und GB für das Amt der Bildungsdirektorin. Zusammen mit der SP haben wir längst Anspruch auf einen Gemeinderatssitz – bei den Wahlen vom 5. Juni wird sich zeigen, wie wichtig den beiden Parteien FDP und CVP die Konkordanz wirklich ist.

Wiederholt sich in Emmen, was in Zürich geschehen ist? Die Aussichten stehen so gut

wie noch nie! Nachdem Daniel Bühlmann in den Regierungsrat wegbefördert worden ist, musste die SVP im letzten Moment einen Gemeinderatskandidaten aus dem Wallis «importieren». Alles Klinkenputzen bei Bankertüren in Emmen hatte nichts genützt.

Intern erhält der SVP-Kandidat Konkurrenz von Urs Ischi, der wild entschlossen scheint, so oder so auch in einem zweiten Wahlgang anzutreten (dabei hatte ihn die SVP extra zum Ratspräsidenten erkoren, damit er nicht für den Gemeinderat kandidieren würde ...).

**Emmen hat nach 174 Jahren Gemeinderat und 34 Jahren Frauenstimmrecht Aussicht auf eine Gemeinderätin – wir freuen uns darauf!**



## E wie Ebisquare, Einbürgerungen und Einwohnerrat

# Was gibt es Aktuelles aus Ebikon?

Roni Vonmoos, Präsident GB-Ortsgruppe, Ebikon

«Seerosengemeinde» wird Ebikon deshalb genannt, weil die Gemeinde in ihrem Wappen die Seerose führt und weil sie regelmässig den «Seerosenpreis» für besondere Leistungen vergibt. Ein Teil des Rotsees gehört zu Ebikon und ist mit Seerosen bewachsen. Den meisten BewohnerInnen und BesucherInnen dürften jedoch die Ampeln und Garagen auf der vierspurigen Dorfstrasse mehr ins Auge springen.

An der Ebikoner Gemeindegrenze zu Dierikon und Buchrain wird vielleicht bald ein riesiges Einkaufs- und Wellnesscenter stehen. Bevor Ebisquare gebaut werden kann, sind noch zwei Bedingungen zu erfüllen: Erstens müssen die StimmbürgerInnen des Kantons Luzern den Autobahnzubringer Rontal bewilligen, und zweitens müssen InvestorInnen für Ebisquare gefunden werden. Die Abstimmung über den Autobahnzubringer findet im September 2005 ab. Was die InvestorInnen betrifft, so ist es schwierig abzuschätzen, ob die Suche erfolgreich verlaufen wird. Immerhin hat Ebisquare, das Wellnesscenter, Konkurrenz erhalten, denn auf Rigi Kaltbad ist ebenfalls ein Hotel mit ähnlicher Ausrichtung geplant.

«Entwicklung» und «Aufschwung»: Auch in Ebikon scheinen das Zauberwörter zu sein. Wie überall werden grössere und grosse (Bau-) Vorhaben damit begründet, dass sie einen wirtschaftlichen Aufschwung mit sich bringen würden. So hörten wir es vor der Abstimmung über Ebisquare, und dasselbe werden wir im Vorfeld der Abstimmung über den Autobahnzubringer Rontal hören.

### Einbürgerungskommission

Am 19. Mai entscheidet die Gemeindeversammlung darüber, ob künftig eine Kommission über Einbürgerungen entscheiden soll. Der Gemeinderat begründet seinen Schritt damit, dass es eine grosse Warteliste von Einbürgerungsgesuchen gebe und dass deshalb die Gemeindeversammlung nicht das geeignete Gremium sei. Die Kommission wird gemäss Vorschlag des Gemeinderates neun Mitglieder haben und im Majorz gewählt werden. Aufgrund dieses Wahlverfahrens ist es für uns Grüne wohl schwierig, einen Sitz in der Kommission zu ergattern. Gemäss dem

Ergebnis der letzten Grossratswahlen würde es nicht für ein Vollmandat reichen.

In Ebikon gab es in der Vergangenheit wenig Probleme mit Gesuchen an der Gemeindeversammlung, die Anträge des Gemeinderates wurden meistens bewilligt. Dass der Gemeinderat nun diejenige Lösung wählt, die wir Grünen mit der einen unserer beiden kantonalen Einbürgerungsinitiativen erfolglos vorschlugen, ist typisch. Wie schon oft: Die Grünen haben gute Lösungen, aber für viele kommen diese Lösungen «aus der falschen Ecke».



### Politisches Leben verläuft ruhig

Auch sonst habe ich Ebikon bisher als Gemeinde kennen gelernt, wo das politische Leben unaufgeregt verläuft. Die CVP ist immer noch sehr prägend. Alle anderen Parteien sind ebenfalls vertreten und bringen ihre Anliegen in die Diskussion ein, ebenfalls in einem recht ruhigen Klima.

Kürzlich hat die FDP ihre Initiative zur Einführung eines Einwohnerrates zurückgezogen. Da aber nun die Gemeindeordnung totalrevidiert wird, kann dieses Anliegen in die Revision eingebracht werden. Ich jedenfalls werde das Anliegen unterstützen, andere Parteien wohl auch, und so wird Ebikon vielleicht zu einem Einwohnerrat kommen – wer weiss? Immerhin haben fast alle Parteien in den letzten Jahren schon entsprechende Initiativen gestartet: die CVP, die SP und die FDP.

Grossdemonstration am 18. Juni 2005 in Bern

## «wir sind die schweiz.»

Hannes Reiser, Europäisches BürgerInnenforum (EBF), Basel

Seit den Sechzigerjahren wird die Migrationspolitik der Schweiz von fremdenfeindlichen Kreisen stark beeinflusst. Was damals James Schwarzenbach mit seiner «Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat» begonnen hatte, ging in den Achtzigerjahren nahtlos in die politische Propaganda der SVP über, welche damit in einer Zeit der wirtschaftlichen Unsicherheit in trüben Wassern erfolgreich Stimmen fischen konnte. Unsere Parlamente, Nationalrat und Ständerat, haben gegenüber diesem Populismus kapituliert. Unternehmer Blocher wurde mit der Wahl in den Bundesrat belohnt und ist jetzt nicht nur Justiz- und Polizeidirektor, sondern auch Migrationsminister der Schweiz.

### Verschärfungen im Ausländerrecht

Die Beratungen im Parlament über das Ausländer- und Asylgesetz sind von einer inhumanen Abschreckungspolitik geprägt. Sachliche Studien zur Migration oder menschliche Lösungsvorschläge von einzelnen Kantonen finden keine Beachtung mehr. Dies hat bereits heute schreckliche Folgen. Ohne Dach über dem Kopf, ohne Geld, ohne Nothilfe müssen sich jetzt schon Tausende von Flüchtlingen, auf deren Asylgesuch nicht eingetreten wurde, in der Schweiz durchschlagen. Unter ihnen sind ganze Familien Tag für Tag unterwegs auf der Suche nach einer

warmen Mahlzeit, einer Bleibe oder einem Waschplatz. Die jetzt im Parlament beschlossenen Verschärfungen im Ausländerrecht werden noch schlimmere Zustände schaffen. Sie werden zwar, wie man heute weiss, den Gesamtumfang der Einwanderung kaum beeinflussen, aber immer mehr Menschen zu Sans-Papiers machen, zu Menschen ohne Rechte, die man beliebig ausbeuten, herum-schieben und ausschaffen kann.

### Demo am 18. Juni in Bern

Die Gesetz gewordene Fremdenfeindlichkeit im Bundeshaus hat zum Glück in der Bevölkerung der ganzen Schweiz Widerstand hervorgerufen. Dieser Widerstand braucht einen öffentlichen Ausdruck. Deshalb organisieren wir am 18. Juni (am Flüchtlingstag) eine gesamtschweizerische Demonstration gegen Fremdenfeindlichkeit in Bern. Besammlung ist um 14 Uhr auf dem Waisenhausplatz.

Wir alle, die in der Schweiz leben, sind die Schweiz, und wir wollen dies deutlich zeigen. Den Demoaufruf (in diversen Sprachen) und eine Liste der über siebzig unterzeichnenden Organisationen gibts auf [www.ohneuns.ch](http://www.ohneuns.ch).



zu vermieten

### Praxisräumlichkeiten in der Stadt Luzern

2 Räume (12m<sup>2</sup>/16m<sup>2</sup>) plus  
Anteil Entrée, Küche, Bad/WC  
Parkett, hell, zentral, günstig,  
ab sofort

Tel. 041 210 49 24



### Oeko-Hotel Gruebismalm/Rigi

Unser ökologisches Hotel liegt idyllisch gelegen an der autofreien Rigi-Südseite. Das Hotel ist baubiologisch renoviert, und wir nutzen die Sonne für Strom und Warmwasser. In unserer Küche kochen wir frische und natürliche vegetarische und nicht vegetarische biologische Vollwert-Speisen.

Bei uns können Sie angenehme Ferientage verbringen, Kurse und Tagungen durchführen oder auch Feste feiern. Als familienfreundliches Hotel übernachten bei uns Kinder bis 14 gratis im Zimmer der Eltern. Im Sommer ist die Rigi ein herrliches Wandergebiet, und im Winter ist das Skigebiet mit den Rigi-Bahnen bequem erreichbar.

Hotel Gruebismalm/Rigi, Familie Schaub  
6354 Vitznau, Tel. 041-397 16 81, Fax 041-397 21 70  
email: [oeko-hotel-gruebismalm-rigi@bluewin.ch](mailto:oeko-hotel-gruebismalm-rigi@bluewin.ch)

## Gerold Kunz, selbstständiger Architekt

# Was unsere Leute unternehmen

Interview: Heinz Bähler, RundBrief-Redaktion, Luzern

**Gerold Kunz ist GB-Mitglied und selbstständiger Architekt in Kriens. Im Gespräch mit der RundBrief-Redaktion erklärt er, warum Architektur viel mehr bedeutet als das Bauen von Häusern und warum er mit dem Begriff «Grossluzern» nicht viel anfangen kann.**

*Wenn sich ein Grüner beruflich mit erneuerbarer Energie beschäftigt, erstaunt uns das weiter nicht. Ebenso wenig, wenn grüne Mitglieder eine Velowerkstatt führen oder ein Restaurant, das vorwiegend biologische Menüs anbietet. Anders ist es, wenn sich ein grünes Mitglied als Architekt selbständig gemacht hat. Ist die Architektur ein Berufsweig, in dem die Grünen wenig vertreten sind?*



Gerold Kunz: Architektur ist eine Disziplin, in der es für alle Platz hat. Ich stelle fest, dass es in der Politik kein – oder nur ein kleines – Bewusstsein für den Stellenwert der Architektur gibt. Oft wird bei uns Architektur mit dem Bauen von Häusern gleichgesetzt. Dabei umfasst Architektur viel mehr: Sie befasst sich mit dem Raum und der Gestaltung dieses Raums (beispielsweise im Rahmen von verdichteter Bauweise). Die wichtigsten Pfeiler für meine tägliche Arbeit sind für mich der Umgang mit dem Bestehenden und das Wissen um den Ursprung der vorhandenen Planung.

*Was ist unter «alternativer Architektur» zu verstehen?*

Nach Alternativen in der Architektur wird immer gesucht. Eine fundierte Planung macht es möglich, bei jedem neuen Projekt wieder von vorne zu beginnen. Am Anfang stellen sich meistens dieselben Fragen: Wie soll das neue Haus genutzt werden? Wie soll es aussehen, und aus welchen Materialien soll es bestehen?

Wichtig scheint mir die Erkenntnis, dass Architektur auch immer Identität herstellt. Eine Gruppe von Häusern oder ein Strassenzug haben eine bestimmte Identität, die sich mit baulichen Eingriffen verändern lässt. Das sieht man auch daran, dass sich nach einem Umbau die Mieterschaft anders als vorher zusammensetzt. Familien ziehen ein, eine jüngere Generation nimmt das Haus in Besitz. Sobald die Kinder erwachsen sind, ziehen sie aus. In einem solchen Fall sollten wir flexible Grundrisse fordern. Warum muss alles «starr» gebaut werden? Wohnungen müssen an neue Bedürfnisse angepasst werden können, und hier liegt auch ein ökologisches Potenzial.

*Bis jetzt hast du vor allem über die Gestaltung von Häusern und Häusergruppen gesprochen. Wie verhält es sich mit dem Raum in grösseren Dimensionen – mit der Stadt und der Agglomeration?*

Mit dem Schlagwort «Grossluzern» – einem Begriff, wie er lediglich von der CHance21 verwendet wird – kann ich nicht viel anfangen. Die CHance21 wendet sich damit vor allem gegen mögliche Gemeindefusionen und

Die mag mich!



Xundheit

versichert

Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz

Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz, Pilatusstr. 28, 6002 Luzern, Tel. 041 227 77 77

www.xundheit.ch

wünscht, dass alles in kleinsten Räumen geregelt wird. Dabei ist es doch heute so, dass Probleme vermehrt gemeindeübergreifend gelöst werden müssen. Ausserdem sind Gemeindegrenzen im urbanen Bereich für uns nicht mehr wahrnehmbar – oder merkst du, wenn du von Luzern nach Kriens fährst, wo die Grenze zwischen den beiden Gemeinden verläuft?



Auch wenn Luzern mit sämtlichen umliegenden Gemeinden fusionieren würde, könnten wir noch nicht von einer Grossstadt sprechen. «Grossluzern» bliebe auch nach einem Zusammenschluss mehrerer Gemeinden eine Kleinstadt. Wichtig scheint mir, dass wir Grünen hier eine Politik verfolgen, die sich für das Identität Stiftende der verschiedenen Gemeinden einsetzt. Es braucht Einrichtungen wie das Museum Bellpark in Kriens oder die Zwischenbühne in Horw, damit das Projekt

einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden gelingen kann.

*Eine letzte Frage, die weder mit Architektur noch mit Raum zu tun hat: Welche besonderen Probleme haben UnternehmerInnen?*

Zum Thema «Administrative Belastungen und Ähnliches» kann ich nicht viel sagen. Meine Frau Marianne und ich engagieren uns für die Sektion des Innerschweizer Heimatschut-

zes (wir führen zusammen die Geschäftsstelle) und organisieren gemeinsam das Familien- und Berufsleben – vieles läuft dann halt so nebenher. Störend finde ich aber beispielsweise, dass ich gegenüber einem Unternehmer steuerlich benachteiligt werde, der ein Auto hat. Auch dass ich als Selbstständiger keine volle Kinderzulage erhalte, finde ich stossend – aber das ändert sich wohl schon bald, oder?



### Der Hit - eine Jubiläums-Obligation der WOGENO Luzern

Zum 20-jährigen Jubiläum der WOGENO Luzern bieten wir noch bis Ende 2004 eine **Jubiläums-Obligation** an mit unschlagbaren Konditionen:

Zins	3.50%
Dauer	5 Jahre
Kapital	Fr. 20'000.00

Die WOGENO Luzern verfügt über 24 Liegenschaften in und um Luzern mit rund 140 Wohnungen sowie über das Ferienhaus „Sunnehüsl“ auf Riggi-Romiti. Nebst der Vermietung von Wohnungen betätigen wir uns zur Geldbeschaffung als Darlehensnehmerin mit folgenden weiteren Produkten:

#### Kassenobligationen, mind. 3 Jahre Laufzeit

Aktuell gelten folgende Zinssätze:

3 Jahre fest	2.13%	5 Jahre fest	2.63%	7 Jahre fest	3.00%
4 Jahre fest	2.38%	6 Jahre fest	2.88%	8 Jahre fest	3.13%

#### Unbefristete Darlehen

Bei unbefristeten Darlehen gelten spezielle Konditionen. Bei Darlehen ab Fr. 100'000.-- ist eine Sicherstellung in Form von Hypothekendarlehen möglich. Der Zins ist Verhandlungssache. Hauptvorteile sind die Immobilien als Sicherheiten, keine Emissionsabgaben bei Errichtung sowie keine Abgabepflicht der Verrechnungssteuer auf Zinserträgen.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Rufen Sie uns an - wir geben Ihnen gerne Auskunft!

WOGENO Luzern  
Neuheim 2  
6275 Ballwil

www.wogeno-luzern.ch  
info@wogeno-luzern.ch  
☎ 041 210 16 46

## Impressum

### Herausgeber und Inserateverkauf

Grünes Bündnis, Neustadtstrasse 34,  
Postfach 31, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5  
Tel. 041-360 79 66, Fax 041-361 06 77

### Redaktion

Jürg Aebi, Heinz Bähler-Trinkler, Natalie Kamber

### Korrektorat

Nina Ceresa

### Inserate

Tel. 041-360 79 66, Fax 041-361 06 77

### Fotos

Jürg Aebi, Roni Vonmoos; Philipp Federer

### Konzept, Gestaltung und Druck

Gegendruck, Neustadtstr. 26, 6003 Luzern  
Tel. 041-360 82 70, Fax 041-362 22 37

### Erscheinung

5x im Jahr, Auflage 1350 Exemplare

### Abonnement

Ein Jahr Fr. 20.– Abo

Ein Jahr Fr. 50.– Unterstützungsabo

### Redaktionsschluss

RundBrief 3/2005, 18. Juni 2005

# Wir wollen unser Rückgrat stärken Mitglieder- und Fördereraktion

Christoph Meyer, kantonaler Vorstand, Luzern

Was nützt die beste Kandidatur, wenn die Mittel dazu fehlen, den Wählenden das Programm der KandidatInnen nahe zu bringen? Was nützen Volksbegehren, wenn der Inhalt kaum wahrgenommen wird – weil zu wenig Mittel für die Kommunikation vorhanden sind? Kann denn wirklich nur die SVP (Züri) wirksames Politmarketing betreiben?



Das Grüne Bündnis will bei Wahlen und Abstimmungen vermehrt gehört werden. Dazu brauchen wir mehr Mitglieder. Das Rückgrat jeder Partei ist die Mitgliederbasis – und die ist im Falle des GB erstaunlich schmal. Zwar ist die Zahl unserer SympathisantInnen ansehnlich, aber das GB leidet darunter, dass seine Mitgliederbasis nur langsam wächst.

### Mitglieder und Förderer gesucht

Diesem Rundbrief liegt eine Antwortkarte bei. Wir bitten dich, mit deinen FreundInnen und Bekannten zu sprechen und bei Ihnen für eine Mitgliedschaft beim GB zu werben.

Anschliessend nur noch die Antwortkarte ausfüllen und in den nächsten Briefkasten werfen!

Fehlt dir der Mut, bei deinen Bekannten die Politik anzusprechen? Oder kennst du eine harte, aber sich lohnende Knacknuss? – Die Profis im Seki übernehmen gerne!

### Förderer zahlen 60 Franken

Mit einer GB-Mitgliedschaft wird unsere Arbeit für eine solidarische, ökologische und gerechtere Welt unterstützt. Ein Einzelmitglied zahlt 180 Franken pro Jahr, Paare 240 Franken. Wer nicht Mitglied werden, aber das GB fördern will, zahlt 60 Franken. Bei all diesen Beträgen ist das RundBrief-Abonnement inbegriffen. Ausserdem: Für jedes Mitglied erhältst du ein Päckli Kaffee und Guetzli. Unter allen Neumitgliedern, Förderern und WerberInnen verlosen wir zudem ein Wochenende auf der Rigi für zwei Personen.

Herzlichen Dank und viel Glück.

stattkino

ab 19. Mai  
**WILLENBROCK** von Andreas Dresen

ab 2. Juni  
**MILLE MOIS** von Faouzi Bensaidi

ab 16. Juni  
**PINK PANORAMA 2005**

ab 23. Juni  
**KATZENBALL** von Veronika Minder

**STATTKINO IM BOURBAKI PANORAMA LUZERN**

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse oder dem Monatsprogramm • [www.stattkino.ch](http://www.stattkino.ch)

MV

### Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

Wir bieten unseren 12'000 Mitgliedern umfassende Dienstleistungen im Bereich «Mieten und Wohnen» an.

Zur Ergänzung unseres Teams suchen wir

### Wohnungsabnehmer/-innen

für den stunden- und tagweisen Einsatz auf Abruf.

Sie engagieren sich für die Interessen der Mieterinnen und Mieter bei der Wohnungsabgabe. Sie bringen Erfahrung aus der Baubranche oder Liegenschaftsverwaltung mit, sind mindestens 35 Jahre alt und eine umgängliche Persönlichkeit.

Wir bieten Ihnen eine gründliche Einarbeitung. Gerne gibt Ihnen Herr Beat Wicki, Geschäftsleiter, Auskunft. Senden Sie Ihre Kurzbewerbung an:

**Mieterinnen- und Mieterverband Luzern**

Mythenstr. 2 | 6003 Luzern

Tel. 041 220 10 22 | [www.mieterverband.ch/luzern](http://www.mieterverband.ch/luzern)



Wurde der Stromrappen unserer Initiative (1 Rappen) als wirtschaftsfeindlich von der EWL bekämpft, so preist dieselbe EWL-City Solarstrom mit **90 Rappen Zuschlag** an (*Neue LZ*, 2. 3. 2005). Freiwilliges Schröpfen oder die Suche nach Dummen statt flächendeckende solidarische Energiepolitik nennt man das. Was wurde da alles während der Kampagne gelogen. Keinen Franken an Investitionen löse der Stromrappen aus – obwohl mit dem bestehenden Energiefonds das Gegenteil bewiesen werden kann. CVP-Politiker lügen diesbezüglich besonders gern, auch auf der Titelseite des *Luzerner Anzeigers*. **Einzige Ausrede der Politiker: Sie hätten ihre Texte mehrheitlich gar nicht selber verfasst**, was FDP-Fraktionspräsident Andreas Moser immerhin gestand. Trotzdem – das Okay für die Texte haben er und andere Bürgerliche dem Kampagnenverantwortlichen gegeben.

*Neue Zürcher Zeitung* vom 30. 3. 2005: Die Alternativen reichten in Zürich zweimal eine Initiative «Tragbare Krankenkassenprämien» ein, beim zweiten Mal mit Erfolg. Nun heisst ihre neuste Initiative «**Mehr Fairness bei der Einbürgerung**». Auch dieser Titel klingt bekannt. War da nicht einmal etwas Gleichlautendes in Luzern? Natürlich, und wir gönnen den Zürcher Alternativen ihren Erfolg und sind stolz, dass sie immer wieder nach Luzern schielen, um ihren Horizont zu erweitern.

Auf die Frage, was sich nach seiner Wahl in den Regierungsrat ändern werde, antwortete Daniel Bühlmann, die (seit jeher bürgerliche!) Kantonspolitik werde bürgerlicher werden. **Was für ein innovatives Programm!** Nachzulesen in der *Neuen Luzerner Zeitung* vom 28. 2. 2005.

Für Thomas Gmür ist Louis Schelbert ein Wolf im Schafspelz. Auf der Titelseite des *Luzerner Anzeigers* nannte Gmür unseren Regierungsratskandidaten einen «Wolf im Schafspelz», weil er die POCH-Vergangenheit auf seiner Website nicht erwähne. Na ja, Louis Schelbert ist immer zu seiner Vergangenheit gestanden, aber CVP-Grossstadtrat Gmür verkauft **Atomstromverschwendung** und Milliarden-Strassenbauprogramme als **ökologisch** und den negativen Steuersenkungswettbewerb als sozial und als christliche Pflicht. Wer agitiert da mit Mäntelchen, christlich und ökologisch? Herr Gmür, demaskieren Sie sich, d-e-m-a-s-k-i-e-r-e-n!

Der neue **Wasserwerfer** (WW) kommt! Dank der SP kann die Polizei weiterhin Wasser spritzen. Das teure Hobby kostet 1 Million Franken, wird mit sechs Einsatzzügen beübt, und der **Einsatz im Innenhof des Stadthauses** («Präventives Einsatzverstecken» des WWs) kostet die Stadt jedes Mal 12'000 Franken. Dass das Leben auch ohne WW möglich ist, beweist die ganze Ost- und Nordostschweiz. Für viele in Luzern aber offenbar eine unvorstellbare Möglichkeit.

**Horw · St. Niklausen**

*Bio-Fleisch: Von Natur aus besser.*  
Verkauf ab Hof jeden Samstag von 8-13 Uhr

**Ueli & Hof**

*Bio-Hof Mättiwil · Tel. 041 342 05 46 · www.uelihof.ch*

**ARLECCHINO**

CAFETERIA & GALERIE

Habsburgerstr. 23  
6003 Luzern  
Tel 041 210 64 41  
Mo-Fr 6.30 - 20.00  
Sa 7.00 - 18.00  
So 9.00 - ca. 17.00

# Rundbrief

## Agenda

### Mai

- | Datum  | Zeit  | Veranstaltung · Ort                          |
|--------|-------|--|
| Mo 23. | 19.30 | <b>Kantonaler Vorstand</b> , GB-Sekretariat  |
| Di 24. |       | <b>GV 2005</b>                               |
| Mo 30. | 19.15 | <b>Städtischer Vorstand</b> , GB-Sekretariat |

### Juni/Juli

- | Datum  | Zeit  | Veranstaltung · Ort                          |
|--------|-------|--|
| So 5.  |       | <b>Wahl- und Abstimmungssonntag</b>          |
| Mo 13. | 19.30 | <b>Kantonaler Vorstand</b> , GB-Sekretariat  |
| Mo 20. | 19.15 | <b>Städtischer Vorstand</b> , GB-Sekretariat |
| Mo 4.  | 19.30 | <b>Kantonaler Vorstand</b> , GB-Sekretariat  |

### August

- | Datum  | Zeit  | Veranstaltung · Ort                             |
|--------|-------|---|
| Mo 8.  | 19.30 | <b>Kantonaler Vorstand</b> , GB-Sekretariat     |
| Mo 22. | 19.30 | <b>Kantonaler Vorstand</b> , GB-Sekretariat     |
| So 28. |       | <b>Sport- und Familienfest</b> , Allmend Luzern |
| Di 30. | 19.30 | <b>Frauentreff</b> , GB-Sekretariat             |

# Rundbrief

## Einladung

### Sport- und Familienfest 2005

Das GB-Sport- und Familienfest findet dank dem Einsatz eines eingespielten Kernteams auch dieses Jahr statt. Damit sich alle, die sich auf dieses sommerliche Ereignis freuen, bereits jetzt den Termin reservieren können – das diesjährige Fest findet **am Sonntag, 28. August**, statt.

Auf der Allmend Luzern bieten wir am 28. August allen die Möglichkeit, zu «gespräche(n), etwas Feines zu essen und beim Volley- und Fussballspiel um Punkte zu kämpfen.

Den Anmeldeatlon erhalten alle Rundbrief-EmpfängerInnen rechtzeitig. Auch auf dem Sekretariat kann der Talon per E-Mail ([lu@gruene.ch](mailto:lu@gruene.ch)) oder per Fax 041 361 06 77 bestellt werden.